

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 111.

zu Nr. 274 des Hauptblattes.

1931.

Beauftragt mit der Herausgabe Regierungsrat Brause in Dresden.

Landtagsverhandlungen.

59. Sitzung.

Dienstag, den 24. November 1931.

Präsident Wedel eröffnet die Sitzung 13 Uhr 5 Minuten.

Am Regierungstisch Regierungsbetreter.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Präsident bekannt, daß Abg. Dr. Eckardt wegen Krankheit am Erscheinen verhindert ist.

Abg. Krenner (Komm. — zur Geschäftsordnung): Es steht heute die Landtagspräsidentenwahl auf der Tagesordnung. Es liegt aber von uns ein Antrag auf Auflösung des Landtages vor. Gleichzeitig ist von uns das Volksbegehren eingeleitet worden, das am 2. Dezember beginnt. Wir sind der Auffassung, daß der Landtag zu seiner Auflösung noch mit dem alten Präsidenten Stellung nehmen kann. Deswegen wünschen wir das Haus heute als ersten Punkt auf die Tagesordnung unserer Antrag auf Auflösung des Landtages zu setzen. Wir brauchen dann diese Präsidentenwahl nicht; denn der Landtag wird sowieso aufgelöst, soweit die Dinge jetzt zu überlegen sind. Wir hoffen, daß die sächsische arbeitende Bevölkerung beim Volksentscheid diesen Landtag sowieso zum Teufel jagt (Lachen v. d. Soz. — Sehr richtig! v. d. Natsoz.), damit der Landtag hier nicht noch eine Anzahl nutzloser und sinnloser Beratungen durchführt, sondern jetzt selbst seine Auflösung beschließt. Ich weiß, daß ein Widerspruch genügt. Aber ich will sehen, wer am meisten Angst vor der Auflösung des Landtages hat (Heiterkeit), welche Partei widersprechen wird. (Bravo! v. d. Komm.)

Präsident: Es ist mir möglich, wenn kein Widerspruch aus dem Hause erfolgt. (Zuruf v. d. Soz.: Wir widersprechen! — Lachen v. d. Komm. u. Natsoz.)

Darauf wird in die Tagesordnung eingetretten: 1. Wahl des Landtagsvorstandes. (§ 4, 5 und 6 der Geschäftsordnung.)

Abg. Krenner (Komm.): Die Vorbereitungen der einzelnen Parteien und die Publikationen der sächsischen Presse zur Präsidentenwahl zeigen, daß zur Präsidentenwahl von den Seiten des Bürgertums von dem Standpunkte aus Stellung genommen wird: Nette sich wer kann! und: Nette dich, solange du kannst! Die politische Bedeutung der Landtagswahl liegt darin, daß die Bourgeoispartei und unter diesen als führende Partei die Volkspartei dazu übergehen, ganz offen das Zusammengehen mit den Nationalsozialisten zu proklamieren, wenn auch noch nicht mit dem Sturmtempo, wie die Nationalsozialisten das selber haben möchten; das ist der deutschen Bourgeoisie noch ein bißchen zu gefährlich. Aber das Wesentliche ist, daß die Vertreter der Volks- und Wirtschaftspartei, also die Vertreter der Industriellen in Sachsen, den Sozialdemokraten bei dieser Präsidentenwahl den Zutritt geben. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er hat seit 13 Jahren auch in Sachsen alles getan, um die Positionen der Bourgeoisie wieder zu festigen und zu stärken (Abg. Edel: Schwach!) und die Kampfkraft der Arbeiter zu zerstören; er hat auch dazu beigetragen, daß sich die schwachen Mittelschichten den Nationalsozialisten angeschlossen haben. So wurde die Arbeit der Sozialdemokraten als Hilfstuppe für die Entwicklung des Faschismus ganz klar dokumentiert, so mußte sie sich ausrichten. Jetzt hat die Bourgeoisie ihre Position, wie sie wenigstens selbst annimmt, so weit gerückt, daß sie sich jetzt auf die Nationalsozialisten stützen kann, und sie glaubt, daß das Ablassen der Sozialdemokraten durch die Nationalsozialisten jetzt erfolgen kann. Dazu kommt die enge Zusammenarbeit der nationalsozialistischen Formationen mit dem Staatsapparat, das enge Zusammenarbeiten mit der Polizei der Republik, das Räumen dieser Zusammenarbeit, ja sogar der schon langsam ausgeprägte Stolz, als Hilfstuppe der Polizei für die Ordnung der Bourgeoisie mit sorgen zu dürfen. Aber darin liegt auch das Bekenntnis der Tätigkeit für die Bourgeoisie, und deshalb geht jetzt die Bourgeoisie auch in Sachsen dazu über, nach jenem Prinzip zu verfahren: Heraus mit den Sozialdemokraten aus den Futtertruppen, die Futtertruppen frei für die Nationalsozialisten (Lebhaftes Sehr gut! und Sehr richtig! v. d. Komm.), weil die Nationalsozialisten einen härteren Gewaltterror anwenden sollen und können. Die Bourgeoisie fühlt und merkt, daß die bisherige Methode des Betrugs der Arbeitermassen durch die sozialdemokratischen Führer für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Nachposition unwirksam geworden ist, daß die sozialdemokratischen Arbeitermassen, die Massen des Industrie-Proletariats in den Betrieben sich von dieser sozialdemokratischen Führung abwenden. Jeden Tag treten Laufende von sozialdemokratischen Arbeitern aus der sozialdemokratischen Partei aus. Jeden Tag kommen Hunderte sozialdemokratische Arbeiter zur kommunistischen Partei. Und nicht nur unter den Arbeitermassen, sondern auch teilweise im Führerkorps der Sozialdemokratischen Partei sängt es an zu perdeln. Das beste Beispiel für Sachsen selbst ist ja der erst am Sonntag erfolgte Übergang des politischen Mitarbeiters und Redakteurs der „Leipziger Volkszeitung“ zur kommunistischen Fraktion. Die Einheitsfront der arbeitenden Massen schließt sich und sie beginnt, mit den Mitteln gegen den Terror zu kämpfen, die für die arbeitenden Massen den einzigen Ausweg darstellen, nämlich mit den Mitteln des politischen Massenstreiks, nämlich mit den Mitteln des Terrors. (Zuruf v. d. Natsoz.)

Wenn wir darüber sprechen sollen, wer den Terror in Deutschland eingeführt hat, dann kommen Sie sehr schlecht weg. Sie haben zwar laut geschrien über den roten Terror und die Nordkommunen (Zuruf v. d. Natsoz.), aber eingeführt und zur Praxis erhoben worden ist der Nordterror in Deutschland durch die Nationalsozialisten. (Zuruf v. d. Natsoz.)

Ich habe im Auftrag der kommunistischen Fraktion zur Präsidentenwahl folgende Erklärung abgegeben:

Die Präsidentenwahl kennzeichnet die weitere Verschärfung der Lage in Sachsen. Stillgelegte Betriebe, Konkrotte sowohl großer Unternehmungen als auch Klein- und Mittelbetriebe, Konkurse der arbeitenden Bauern, weit über 500 000 Erwerbslose, davon 200 000 Wohlfahrtsverwehrlöse sind die Erscheinungen dieser Lage, des Zerfalls der kapitalistischen Gesellschaft. Das Desolat des Staatshaushalts wächst. Das Elend in den Arbeiterquartieren steigt. Der Klassenkampf verschärft sich.

Die herrschende Klasse vermag ihre Macht nur noch mit den Mitteln des brutalsten Terrors aufrechtzuerhalten. Unerhörte Polizeiatlagen, verschärfte Klassenjustiz sind die Mittel, mit denen die Kapitalistenklasse die Arbeiter niederhält, um weitere Lapsen der Klasse auf diese abzuladen. Zu ihrem Heldzug gegen die arbeitende Bevölkerung holt die herrschende Klasse die Terrorbanden der Nationalsozialisten zu Hilfe, der Nordangriff gegen die Arbeiter wird nicht nur gebildet, sondern die Nationalsozialisten zur gemeinsamen Zusammenarbeit mit der Polizeitruppe herangezogen.

In dieser Situation, in der die Methoden des Massenbetrages durch die sozialdemokratischen Führer zur Verhütung der Arbeiterkraft, zu deren Zurückhaltung von den Kämpfen nicht mehr ausreichen, geht die Bourgeoisie dazu über, die Nationalsozialisten in den Nachapparat offen einzubringen. Sie holt ihre letzten Reserven gegen die proletarische Revolution heran.

Die sozialdemokratischen Führer, die auch in Sachsen durch ihre Politik des Verrats, durch ihre Politik der Zerstückelung und Schwächung der Kampfkraft der Arbeiter der Bourgeoisie die Möglichkeit zur Festigung ihrer Macht geben, die an der Festigung dieser Macht arbeiten, erhalten jetzt Zutritt, mit denen sie aus den Staatstellen hinausgeworfen werden. Die Bourgeoisie weiß, daß auch die wie Hunde geprägten Lakaien ihre Lakaienrolle zur Stützung der Macht der Kapitalisten weiter fortsetzen. Die Tolerierung der Brüning-Regierung nach dem Hinauswurf der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung ist dafür ein lehrreiches Beispiel.

Weil die Bourgeoisie die Freiheit und Unterwürfigkeit der sozialdemokratischen Führer, weil sie deren Furcht vor der proletarischen Revolution kennt, fordert sie jetzt in Sachsen das Landtagspräsidium für sich, schiebt sie sich an, die Sozialdemokraten hinauszuerufen. Die Klammern der Furcht und Futtertruppen für die Nationalsozialisten beginnt.

Das kennzeichnet den Vormarsch der Faschisierung in Deutschland.

Im Augenblick, wo unter Mitwirkung der Sozialdemokraten der Wirtschaftsrat neue Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiter beschloß, vollziehen die Vertreter des Kapitals von der Volkspartei bis zu den Deutschnationalen ihr offenes Bündnis mit den Nationalsozialisten. Vor den Massen der Arbeitenden wird damit die Rolle der Nationalsozialisten als Retter des Kapitalismus aufgezeigt. Die kommunistische Partei ruft in dieser Stunde der verfallenen Kräftekonsolidierung der Feinde der arbeitenden Massen die Massen selbst zur Entscheidung auf.

Die Einleitung des Volksbegehrens und Volksentscheids ist der Appell an die arbeitenden Schichten zum gemeinsamen Zusammenschluß gegen die Bourgeoisie und ihre Helfer, (Zuruf v. d. Soz.)

zum aktiven Kampf gegen den Faschismus in jeder Gestalt.

Die A.P.D. sagt den arbeitenden Massen: Der Faschismus ist nicht niederzuringen durch parlamentarische Manöver, sondern nur durch den Massenkampf der Arbeiter durch Streik gegen jeden Pfennig Lohnabzug, gegen die Notverordnungsbildung und politischen Massenstreik gegen die Terrorakte der Nationalsozialisten.

Die sozialdemokratischen Führer, die alle arbeitenden Maßnahmen der Schiedsregierung unterstützen, stellen sich auch beim Volksbegehren auf die Seite der Kapitalisten, sie führen ihren Kampf nicht gegen den Nationalfaschismus und dessen Auftraggeber, sondern gegen die Kommunisten. Sie versuchen auch jetzt die Front des Proletariats zu schwächen und leisten damit der sächsischen Entwicklung weitere Hilfsdienste.

Die kommunistische Partei zeigt den Massen den einzigen Weg zur Befreiung von Ausbeutung, Hunger und Not, den außerparlamentarischen Massenkampf.

Sie kämpft entschlossen gegen jeden Verwirrungsversuch durch parlamentarische Manöver.

Sie wird deswegen bei der Präsidentenwahl ihren eigenen Kandidaten vorschlagen.

Sie fordert die arbeitenden Massen auf, sich zusammenzuschließen zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, überall, in jeder Fabrik, auf jeder Stempelkelle, in jedem Ort Einheitskomitees gegen die sächsische Gefahr, proletarische Schutzmassen zu bilden.

Die kommunistische Partei fordert die arbeitenden Massen auf, die revolutionäre Einheitsfront zum Sieg

über die kapitalistische Gesellschaft zu schließen, ihren Willen zum Kampf Ausdruck zu geben durch die Beteiligung am Roten Volksentscheid. (Bravo! v. d. Komm.)

Abg. Dr. Jentsch (Natsoz.): Nach diesem allgemeinen politischen Ausflug, auf den wir zu gegebener Zeit zurückkommen werden, habe ich zu Punkt 1 der Tagesordnung namens der Nationalsozialistischen Fraktion folgende Erklärung abgegeben:

Die Nationalsozialistische Fraktion stand von jeher auf dem Standpunkt, daß auch die Befehung des Landtagspräsidiums dem Ergebnis der Wahlen und damit dem Mehrheitswillen des Volkes entsprechen müsse. Sie hat deshalb schon bei Beginn der letzten Sitzungsperiode darauf hingewiesen, daß nach dem zahlenmäßigen Wahlergebnis unter keinen Umständen ein Angehöriger einer marxistischen Partei für den Vorsitz im Landtagspräsidium in Frage kommen dürfe, und hat auch die entsprechenden Schritte unternommen, um als damals stärkste nichtmarxistische Fraktion eine praktische Lösung dieses Gedankens herbeizuführen. Mit dem Großteil des sächsischen Volkes haben wir bedauert, daß unser Vorschlag an dem Verhalten einiger linksbürgerlicher Splintergruppen gescheitert ist.

Inzwischen können wir mit Genugtuung aus den in Pressemitteilungen zutage getretenen Beschläffen anderer Parteien feststellen, daß sie grundsätzlich mit dem von uns vertretenen Standpunkt konform gehen und sich gegen eine marxistische Kandidatur wenden.

Als weitans stärkste Partei Sachsens schlagen wir deshalb den Abg. Kunz für den Posten des Landtagspräsidenten vor.

Wir gehen dabei von der Erwägung aus, daß dieser Landtag in seiner zahlenmäßigen Zusammenfassung keineswegs mehr den wirklichen Stärkeverhältnissen der Parteien entspricht und daß wir — wenn nicht der egoistische Selbsterhaltungstrieb einzelner Splintergruppen sowie die Angst der S.P.D. vor der Abrechnung dies bisher verhindert hätten — nicht nur die stärkste antimarxistische, sondern bei weitem die stärkste Fraktion dieses Hauses überhaupt wären.

Abg. Bögel (Soz.): Die sächsische Arbeiterschaft schaut mit gespannter Aufmerksamkeit gerade auf diese Präsidentenwahl, weil die Parole der Einheitsfront von den Kommunisten härter als bisher in die Massen geworfen worden ist. Die sächsische Arbeiterschaft wird den Kommunisten nicht auf das Wort, sondern auf die Taten schauen, und sie wird feststellen, ob sich die Phrase von der Einheitsfront hier bei den Kommunisten in der Tat äußert wird, daß sie einem Nationalsozialisten zum Präsidium verhelfen werden (andauernder Lärm und Lachen v. d. Komm.), oder ob sie wirklich die Einheitsfront insofern durchzuführen werden, als sie für den Präsidenten stimmen, der bisher von der stärksten Partei dieses Präsidium innegehabt hat. (Zuruf v. d. Komm.: Was haben Sie denn in Hamburg gemacht!) Und Herr Krenner hat mit allen möglichen Verrenkungen versuchen wollen, diese Stellung zu verbergen. Herr Krenner hat als ersten Satz seiner Erklärung verlesen, daß diese Präsidentenwahl die Verschärfung der Lage in Sachsen kennzeichnet. (Abg. Krenner: Sehr richtig!) Ja, Herr Krenner, wenn das sehr richtig ist, dann frage ich, wie denn die Nationalsozialisten mit ihren bürgerlichen Anhängern dazu kommen, den sozialdemokratischen Präsidenten zu beseitigen. Wenn das wahr ist, was Herr Krenner hier sagte, daß dieser Präsident nichts anderes sei als eine Position für den Faschismus, ein Hemmnis für den Freiheitskampf des Proletariats, ein Präsident, der den Auftrag der Bourgeoisie glänzend durchgeführt hätte, gegen die echten Marxisten von Roslans Gnaden in jeder Sitzung hier vorzugehen (Lachen v. d. Komm.), so müßte Ihnen doch der einschlägige Remischerverband das Paradoxe eines solchen Standpunktes klarlegen (Lärm v. d. Komm.), daß der Präsident, wenn er alle diese Funktionen erfüllt hätte, die Sie ihm unterstellen, dann von der Rechten dieses Hauses um jeden Preis gehalten würde. (Fortgesetzte lärmende Zurufe v. d. Komm. — Abg. Herrmann (Komm.) wird zweimal zur Ordnung gerufen.) Ihre Zwischenrufe ändern nicht die Tatsache, daß sie heute versuchen, den Vertreter der Arbeiterschaft aus dem Präsidium zu beseitigen und damit die Geschäfte der Reaktion zu besorgen. (Sehr wahr! v. d. Soz. — Lärm v. d. Komm.) Das ist Ihnen sehr unangenehm, Herr Krenner, und wir werden Ihnen das brauchen deutlich sagen in jeder Versammlung in der Zukunft, und Sie werden sich wundern, was die Arbeiter dazu sagen werden.

Sie (zu den Komm.) sagen also, der Präsident ist nichts anderes gewesen als ein Beauftragter der Bourgeoisie, dessen ganze Funktion darin bestand, den revolutionären Freiheitskampf der Kommunisten zu lähmen. Da ist es sehr merkwürdig, daß uns eben eine Zeitung gegeben wird, der „Freiheitskampf“, worin der Präsident von der anderen, von der nationalsozialistischen Seite beurteilt wird. Da heißt es nämlich: Wer ist Wedel? Und die Antwort darauf lautet: Während er im Landtag den Biedermann marliert, hält er im Lande anreizende Reden. Seine Feiertagsaffäre, der Versuch, die Aufhebung des 9. November als Feiertag zu sabotieren, dürfte noch in frischer Erinnerung sein. Ebenso bekannt ist seine sprichwörtlich genommene Parteilichkeit gegen die Mehrheit des Landtages, wenn es sich um Interessen seiner marxistischen Freunde handelte. Er war in allen entscheidenden Augenblicken immer nur der Parteimann.